

S P E R R F R I S T Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

**Rede anl. der VII. International
Gottfried von Haberler Conference
The Economics of Regulation.**

**Dr. Hermann Otto Solms, MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages**

„Wachstum, Wohlstand, Ordnungspolitik“

**20. Mai 2011, Hochschule Liechtenstein
FL 9490 Vaduz (Liechtenstein)**

Anrede!

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Situation, in der die Politik vor der Aufgabe steht, große und elementare Systeme neu zu ordnen.

Da sind zum einen die Finanzkrise und in ihrem Gefolge die europäische Schuldenkrise, die für die Zukunft ein krisenfesteres Regime erzwingen. Zum anderen haben wir uns in Deutschland vorgenommen, die Energieversorgung unserer Volkswirtschaft auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Beide Aufgaben sind in meinen Augen epochale Herausforderungen, die großer Anstrengung bedürfen und umwälzende Veränderungen nach sich ziehen werden.

Hierin liegen große Chancen! Aber auch die Gefahr, große Fehler zu machen, ist immens.

Die Versuchung ist groß, dass die Politik sich übernimmt, dass sie sich den Verlockungen des konstruktivistischen Denkens hingibt, wie Hayek es formuliert hat, der irrigen Vorstellung, alle notwendigen Veränderungsprozesse seien plan- und steuerbar, wenn wir nur die richtige Blaupause entwerfen. Mit dieser Übertragung von Ingenieursdenken auf die Wirtschaft würde einem weitreichenden Interventionismus Tür und Tor geöffnet.

Es ist ein entscheidender Unterschied in der Qualität einer Intervention, ob sie im nachhinein korrigierend eingreift um marktwirtschaftliche Prinzipien durchzusetzen, oder ob sie nur die Unterstützung und Stabilisierung von ex ante geplanten (konstruierten) Abläufen zum Ziel hat.

Die Herausforderung an eine liberale Wirtschaftspolitik ist in diesem Prozess der Umgestaltung der Systeme dafür zu sorgen, dass Ordnungspolitik und Marktwirtschaft dabei nicht unter die Räder kommen. Nicht gegen die Kräfte des Marktes müssen wir Politik machen, sondern mit den Kräften des Marktes! Ein Durchorganisieren von oben nach unten, das darf eine liberale Wirtschaftspolitik nicht zulassen.

Diese Aufgabe ist um so schwieriger, da sich in Deutschland ein gesellschaftliches Klima der allgemeinen Wachstumsskepsis ausgebreitet hat, das ein nie gekanntes Ausmaß erreicht hat und quer durch die Bevölkerung geht. Diese Wachstumsskepsis lässt sich vermutlich nicht nur bei uns beobachten, sondern auch in vielen anderen Ländern Europas, wenn auch dort die Tonlage nicht ganz so inbrünstig pessimistisch sein dürfte.

Während Wirtschaftspolitik lange ihre Aufgabe darin sah, die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Wohlstand zu schaffen, wird Wachstum heute vielfach als Gefahr und als Hindernis auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft gesehen.

Karl-Heinz Paqué, der ein bemerkenswert optimistisches Buch zum Thema Wachstum geschrieben hat, benennt drei Quellen, aus denen sich der Pessimismus hauptsächlich speist:

1. die globale Finanzkrise und ihre Folgen:
Sie werde weithin als Strafgericht einer moralischen Verkommenheit verstanden, einer Wachstumshybris, die in grenzenloser Gier die Finanzmärkte an den Abgrund geführt habe und nun sogar ganze Staaten mit in den Strudel zu reißen drohe.
2. die wachsende Sensibilität gegenüber ökologischen Gefahren:
Wenn wir natürliche Grenzen des Wachstums annehmen, gefährden dann nicht die Bevölkerungsentwicklung, die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe und der Klimawandel das weltweite ökologische Gleichgewicht und zwingen uns daher zum Wachstumsverzicht?
3. die Empfindung sozialer Ungerechtigkeit:
Wachstum und Globalisierung werden als Ursache für zunehmende Einkommensunterschiede angesehen und öffnen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.

Wenn man diese drei Hauptquellen ins Auge fasst, fällt einem zweierlei auf:

Erstens: Ihre Identität mit den großen Phänomenen, aus denen gegenwärtig hauptsächlich die Legitimation für Staatseingriffe in das Wirtschaftsgeschehen abgeleitet werden: Ungerechtigkeit, Klimawandel, Finanzkrisen.

Zweitens: Regulierung steht offenbar immer im Dienst einer guten Sache.

Historisch gesehen bildet die beständige Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherung und den Sozialstaat sozusagen den Basso continuo der Auseinandersetzung mit der Rolle des Staates: Die Politik im Dienste der Verteilungsgerechtigkeit, als Anwalt der Armen und Ausgebeuteten, dieses politische Selbstverständnis stand an der Wiege des Sozialismus.

Mit dem Nachlassen der Wachstumskräfte in den 1970er Jahren rückten gleichzeitig die Probleme der Zerstörung der natürlichen Umwelt zunehmend in das öffentliche Bewusstsein. Damit wuchs die Überzeugung, Marktwirtschaft und Umweltschutz stünden miteinander im Konflikt: Die Politik wurde zum Anwalt der natürlichen Lebensumwelt des Menschen. Das war die Geburtsstunde des Ökologismus als politischer Bewegung, Regulierung im Dienste der Ökologie.

In einem Vortrag, den Gottfried von Haberler 1975 in St. Gallen hielt, konstatiert er ein wachsendes Unbehagen an der Marktwirtschaft und führt zu den Gründen aus, es gäbe chronische und akute:

Chronisch sei nach weitverbreiteter Ansicht die ungleiche und ungerechte Verteilung des Nationaleinkommens. Akut sei die steigende Sorge um die Umwelt, die sich zu einer Antiwachstumsbewegung entwickelt habe. Das war vor 35 Jahren. Heute zählt auch das Umweltthema zu den chronischen.

Der jüngste Schub zur Regulierung von Märkten wurde mit der globalen Finanzkrise virulent. Ausgehend von den USA hat sie sich mittlerweile zu einer europäischen Schuldenkrise entwickelt.

Die Globalisierung der Finanzwelt verleiht der Ansteckungsgefahr eine zuvor nicht gekannte Brisanz. „Systemische Relevanz“ ist das Schlagwort. Es kennzeichnet das Erpressungspotential internationaler Finanzakteure, mit dem sie sich unantastbar machen.

Angesichts der eskalierenden Rettungsmaßnahmen und damit einhergehender Verschuldung ist die Politik als Anwalt zukünftiger Generationen gefragt.

Wenn man die genannten Quellen anschaut, sieht man nicht nur den engen Zusammenhang von Wachstumsskepsis und dem Ruf nach Regulierung.

Es fällt auf, dass Regulierung stets einer guten Sache dienen soll. Regulierung beruft sich auf übergeordnete Zwecke! Aber mag das Ziel noch so edel und ethisch begründet sein, über die Tauglichkeit der Mittel besagt das gar nichts. Unglücklicherweise wird der Unterschied von Zwecken und Mitteln oft nicht richtig erfasst oder absichtsvoll verwischt.

So bezeichnet der Begriff Sozialismus bis heute sowohl das Ziel als auch die Methode. Vermutlich haben viele Befürworter kollektivistischer Methoden nur die Ziele vor Augen. Für weitere begriffliche Verwirrung sorgt, dass die Methoden des Sozialismus (Einschränkung oder Abschaffung von Eigentumsrechten. Planwirtschaft) ebenso für andere Zwecke verwendet werden können und eingesetzt werden.

Und so kommen wir zu der fatalen Situation, dass wir in Deutschland eine wachsende Akzeptanz im Grunde sozialistischer Methoden beobachten müssen, die allerdings im Dienst anderer, allgemein akzeptierter Ziele daherkommen.

Mein Beharren auf der Unterscheidung zwischen Ziel und Methode mag für Ökonomen wenig Bedeutung haben. Sie machen sich an dieser Stelle ohnehin einen schlanken Fuß. Die Ziele überlassen sie der politischen Willensbildung und beschäftigen sich nur mit der Frage effizienter Zielerreichung.

Für den politischen Liberalismus aber ist begriffliche Klarheit an dieser Stelle von großer Bedeutung. Die Gegnerschaft zu bestimmten Methoden wird gerade uns Liberalen gegenüber in eine Gegnerschaft zu den Zielen uminterpretiert.

Liberale sollten sehr hellhörig werden, wenn ein überwölbender guter Zweck angeblich die Mittel heiligt. Friedrich August Hayek warnte vor über 60 Jahren in seinem Werk „Der Weg zur Knechtschaft“: „Die Freiheit des Individuums ist

unvereinbar mit dem alles beherrschenden Vorrang eines einzigen Zweckes, dem sich die ganze Gesellschaft völlig und dauerhaft unterordnen muss.“

Besonders die Klimaschutzpolitik ist heute ein Feld, auf dem kritisches Denken im Sinne des Hayek'schen Zitates dringend geboten ist. Hier ist gegenwärtig die Versuchung besonders groß, autoritäre, bevormundende Politik zu akzeptieren.

So fordert der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Klimaveränderung“ in seiner jüngsten Studie im Grunde genommen mehr autoritäres Agieren des Staates. Nur ein starker Öko-Staat ist nach Auffassung des Beirats in der Lage, die Wirtschaft in Deutschland und weltweit auf einen klimafreundlichen Entwicklungspfad zu lenken, sprich zu dekarbonisieren. Um des Klimaschutzes willen soll der Staat die Demokratie beschränken sowie "nachhaltige" Lebensstile und Konsumverzicht erzwingen. Angesichts der Brisanz der Lage wird die Zähigkeit demokratischer Prozesse als ein massives Hindernis angesehen. Weil die Not regiere, müsse der Staat „Interessengruppen“ und „Vetospiele“ überwinden, die „den Übergang zur nachhaltigen Gesellschaft erschweren“.

Es werden schwerwiegende ethische und moralische Argumente angeführt, um massives Hineinregieren in private und unternehmerische Freiheiten zu rechtfertigen. Die Methoden der Regulierung können in diesem Diskussions-Klima kaum sinnvoll diskutiert werden. Jedem Kritiker wird sogleich falsches Problembewusstsein, ja Leugnen der Probleme unterstellt und er wird moralisch unter Druck gesetzt. So gibt es in Deutschland mittlerweile breite Allianzen, die in dieser Richtung wirken und sich keineswegs auf grüne Parteigänger beschränken.

Den Konsumenten wird vorgeschrieben, was sie zu tanken haben, sei es die Beimischung von Biosprit oder jüngst von E 10. Es wird diskutiert, Hausbesitzer zu zwingen, ihre Gebäude noch weitreichender als bisher gegen Wärmeverluste zu dämmen. Welche Glühlampen wir benutzen dürfen, liegt schon lange nicht mehr in unserer Hand.

Der Ökonom Carl-Christian von Weizsäcker wird in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom vergangenen Sonntag mit der Aussage zitiert, diese Art der Einschränkungen sei eine „Zwangsernährung mit ökologisch korrekten Produkten“.

Es gibt unübersehbar in der deutschen Öffentlichkeit eine wachsende Zustimmung zu Regulierung und Interventionismus, die ihre Ursache in Problemen hat, die als brennend empfunden werden. Gleichzeitig wird aber die Freiheitsgefährdung, die in dieser Zunahme von im Kern sozialistischen Methoden liegt, nicht erkannt oder als unerheblich eingestuft.

Aber nicht nur die Freiheitsgefährdung wird übersehen. Für den Ordnungspolitiker ist auch die fehlende ökonomische Effizienz dieser scheinbar harmlos daherkommenden Regulierungsneigung ein großes Problem.

Meine Damen und Herren,
vor diesem Publikum alle Vorzüge des Wettbewerbs zu preisen, hieße Eulen nach Athen zu tragen.

Lassen Sie sich mich deshalb nur drei fundamentale Stärken umreißen:

1. Die Funktion des Preismechanismus macht eine effiziente Allokation überhaupt erst möglich. Dass wir dies nicht hoch genug einschätzen können, hatte Ludwig von Mises, um einen weiteren Vertreter der österreichischen Schule zu würdigen, schon 1920 betont. Er hat damals in einem Aufsatz „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ den Nachweis geführt, dass ohne Marktpreise jede Kostenrechnung unmöglich ist.

Ordnungspolitik muss also dafür Sorge tragen, dass der Preismechanismus nicht verfälscht wird. So populär das Prinzip der dezentralen Steuerung über Preise ist – effiziente Koordination für sich allein genommen beschreibt aber die Vorzüge der Marktwirtschaft nur unzureichend.

2. Es gibt einen zweiten zentralen Vorteil: Wettbewerb begrenzt den Missbrauch ökonomischer Macht. In einem funktionierenden Markt muss sich die unternehmerische Energie darauf richten, selber Wohlstand zu schaffen und nicht, den Wohlstand anderer abzugreifen.

Im angelsächsischen Sprachgebrauch gibt es den griffigen Ausdruck „Rent-Seeking“: Beim Rent-Seeking ist es lukrativer, sich über den Wohlstand anderer herzumachen als selber welchen zu schaffen. Rent-Seeking ist dort interessant, wo der Wettbewerb nicht funktioniert. Monopole und die Erzielung von Monopolrenten sind ein klassisches Feld des Rent-Seeking. Der Subventionswettbewerb ein weiteres.

Aber es gibt noch weitere Schäden die mit Rent-Seeking verbunden sind. Je mehr Macht sich konzentriert, sei es beim Staat oder in der Wirtschaft, desto stärker werden Menschen versuchen, Reichtum, Einfluss und Vorteile zu erlangen, indem sie sich an diese Macht hängen – statt ihre Talente und Fähigkeiten in eigene ökonomischen Aktivitäten zu lenken. In einer von Rent-Seeking geprägten Gesellschaft stehen Verteilungskämpfe im Vordergrund.

Auch wenn Rent-Seeking im Prinzip unausrottbar ist, so kann ein Wirtschaftssystem mehr oder weniger davon dominiert sein. Je dezentraler die Wirtschaftsordnung, desto besser gelingt es, Rent-Seeking zu verhindern. Je besser es gelingt, Rent-Seeking zurück zu drängen, desto erfolgreicher und ökonomisch leistungsfähiger ist ein Land.

3. Ein dritter zentraler Vorzug liegt im „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“, wie ihn Hayek charakterisiert hat.

Wirtschaften vollzieht sich im Zeitablauf. Die Zukunft ist unsicher. Von Immanuel Kant wissen wir: „Die Notwendigkeit zu entscheiden, reicht weiter als die Möglichkeit zu erkennen.“ Auch Marktwirtschaften können die Zukunft nicht vorhersagen. Aber sie können sie erforschen. Marktwirtschaften sind nicht nur besser im Hervorbringen und Verbreiten von neuen Ideen. Sie sind auch besser im

Verwerfen von unbrauchbaren Ideen. Wenn falsche Pläne aussortiert werden, ist das für die Betroffenen oftmals nicht angenehm, aber im Ergebnis von Vorteil für die gesamte Volkswirtschaft.

Wenn wir die Entwicklung von Märkten vorhersagen könnten, bräuchten wir keine Märkte. Diese simple Tatsache muss sich die Wirtschaftspolitik immer wieder in Bescheidenheit vor Augen führen.

Kein großer Wurf also, der mit eiserner Hand durchgesetzt wird, sondern ständige Rückkopplung, ständige Bereitschaft, Fehler zu korrigieren, Neues zu wagen, Bewährtes fortzuführen.

Karl-Heinz Paqué charakterisiert es so:

„Fortschritt als ein demütiger Prozess, Informationen zu gewinnen und zu verarbeiten; und Wachstum als das ebenso demütige Ergebnis dieses Prozesses. Das ist eigentlich das Wesen der Marktwirtschaft.“

Meine Damen und Herren,
ich habe über Wachstum gesprochen – oder vielmehr über Wachstumsskepsis, ich habe über Prinzipien der Ordnungspolitik gesprochen. Was fehlt in diesem Zusammenhang, ist der Begriff der Nachhaltigkeit.

Zu Recht wird beklagt, dass es ein Modebegriff sei und er vielfach missbraucht werde. Trotzdem will ich an dieser Stelle einen Gesichtspunkt herausarbeiten, der mir bedeutsam erscheint:

Der deutsche Forstwissenschaftler Georg Ludwig Hartig schrieb bereits 1795 in seinem Werk *Anweisung zur Taxation der Forsten*: „Jede weise Forstdirektion muss ... die Waldungen des Staates ohne Zeitverlust taxieren lassen und sie ...(so) benutzen ..., daß die Nachkommenschaft wenigstens ebensoviel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet.“

Aber wenn man den Nachhaltigkeitsbegriff von der Forstwirtschaft auf eine global verflochtene Volkswirtschaft ausdehnt, wird er meiner Meinung nach überdehnt. Nach Schumpeter ist Wirtschaften bekanntlich der Prozess einer schöpferischen Zerstörung. Sie schöpft nicht nur, sie zerstört auch, Neues tritt an die Stelle von Altem.

Schon Georg Ludwig Hartig hat aber damals weniger auf die Substanz als vielmehr auf die Früchte des Wirtschaftens abgestellt. Ein verbesserter, also im Ertrag ergiebigerer Kapitalstock, muss nicht zwangsläufig zu Lasten der Natur gehen. Er kann auch die Voraussetzung sein, ökologischen Belangen mehr Raum zu geben.

Wenn wir Entwicklungsdynamik und Wachstum zulassen wollen, scheint mir ein anderes Kriterium umfassender als die Frage, ob und unter welchen Umständen verändernde Eingriffe in den Naturhaushalt zulässig sind: Die Forderung, nicht zu Lasten Dritter zu wirtschaften!

Wer wirtschaftet, in dem er das Geld aus der Tasche anderer zieht, wirtschaftet nicht nachhaltig. Das gilt auch mit Blick auf unsere Nachfahren, mit Blick auf die Verschiebung von Lasten in die Zukunft zuungunsten Dritter.

Mit anderen Worten: Es ist eine notwendige Bedingung für Nachhaltigkeit, dass Risiko und Haftung miteinander in Übereinklang stehen. Es darf keine Verantwortungsdiffusion geben. Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit. „Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten“ (George Bernard Shaw).

Die Freiheit einer Entscheidung und die Haftung für die Konsequenzen müssen untrennbar miteinander verbunden werden. Es klingt moralisch, ist aber ein Erfordernis ökonomischer Effizienz: Es darf nicht möglich sein, die Folgen einer Handlung auf andere abwälzen, positiv wie negativ: Externe Effekte müssen in das Handlungskalkül einbezogen sein. Märkte sind nur dann effizient, wenn das Verursacherprinzip eingehalten wird.

Das führt mich zu einem weiteren Feld aktueller Politik: Die Schuldenkrise in Europa.

Der Bundesparteitag der FDP vom vergangenen Wochenende hat ja nicht nur seiner personalpolitischen Entscheidungen wegen eine ungewöhnlich hohe Aufmerksamkeit erfahren. Im Zentrum der sachpolitischen Auseinandersetzung stand die sehr umstrittene Frage, ob wir der Einrichtung eines permanenten Rettungsmechanismus in der Eurozone zustimmen wollen.

Im Grunde steht hinter den Kontroversen im Umgang mit der europäischen Schuldenkrise ebenfalls die Frage, wie wir das marktwirtschaftliche Prinzip, Risiko und Haftung in Übereinklang zu bringen, durchsetzen wollen – allerdings auf der Ebene von Nationen.

Solange wir festhalten an einer Vision von Europa, als einem Zusammenschluss nationaler, souveräner Staaten, solange können und dürfen wir auch in einer Währungsunion nicht zulassen, dass eigenverantwortliche Staaten systematisch negative Konsequenzen ihrer souveränen Fiskalpolitik auf andere Mitgliedstaaten abwälzen können.

Die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur gemeinsamen Währung kam nur unter der Voraussetzung zustande, dass es keine Transferunion geben würde.

Der Ausschluss einer wechselseitigen Haftung der Euro-Länder ist Voraussetzung dafür, dass Kapitalanleger einen permanenten Anreiz haben, Risiken realistisch einzuschätzen, die fiskalische Entwicklung der Länder genau zu beobachten und Risikovorsorge zu treffen. Der Kauf einer Staatsanleihe darf für die Anleger nicht zu einem risikofreien Geschäft werden und damit der Ausweitung der Staatsverschuldung in den hochverschuldeten Ländern Vorschub leisten.

Das bedeutet auf Dauer nicht nur eine erhebliche potenzielle Belastung der garantiegebenden Länder und ihrer Steuerzahler, sondern die dauerhafte Gefahr einer Fehlallokation und der Verschwendung von Kapital. Die fiskalische Disziplin des Systems wird weiter gelockert, die Fliehkräfte der Währungsunion nehmen zu.

Wer hohe Risiken eingeht, muss dafür auch haften. Die No-Bail-Out-Bestimmung war Ausdruck dieses Prinzips. Der institutionalisierte Ausstieg der europäischen Finanzpolitik aus dem No-Bail-Out-Prinzip war ein grundlegender Fehler. Entgegen fundamentalen marktwirtschaftlichen Prinzipien haften die Staaten Europas damit für die Risiken der privaten Marktteilnehmer. Gewinnchancen liegen bei den Investoren, die Risiken bei den Steuerzahlern. Letztlich müssen systematisch die Steuerzahler für die Fehlinvestitionen von Banken, Versicherungen und anderen privaten Marktteilnehmern geradestehen.

Meine Damen und Herren,

Deutschlands Zukunft liegt in Europa. Nationale Alleingänge oder gar einen „deutschen Weg“ darf es nie wieder geben. Für diese Richtungsentscheidung haben Freie Demokraten jahrzehntelang gearbeitet, an ihr lässt die FDP auch heute, in einer kritischen Phase der europäischen Politik, niemanden rütteln.

Der deutsche Liberalismus hat ein klares Ziel: Wir wollen ein Europa der Einheit in Vielfalt. Wir wollen eine Europäische Union, die stark und attraktiv ist, weil sie sich auf jene großen Aufgaben konzentriert, die auf der nationalen Ebene nur ungenügend oder gar nicht mehr gelöst werden können. Und in der die Staaten, die sich in Freundschaft verbinden, zugleich das Recht und die Pflicht behalten, alle anderen Aufgaben in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Das ist der bewährte Grundsatz der Subsidiarität.

Wer die Methoden zur Bewältigung der Krise kritisch diskutiert, ist keineswegs ein Gegner Europas. Wir müssen die europäischen Schuldenkrise mit marktwirtschaftlichen Methoden angehen. Wir müssen dafür sorgen, dass der Markt wieder seine Arbeit tun kann. Er ist als neutraler, externer Wächter unverzichtbar.

Mitglieder der Eurozone, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, müssen Strukturen reformieren. Soweit sie ihre Schuldenlast auf Dauer nicht tragen können, müssen sie zusammen mit ihren Gläubigern einen Weg der Umschuldung suchen. Die Erfahrungen zum Beispiel des „Londoner Clubs“ zeigen, wie dies in geordneter Weise geschehen kann.

Es ist dringend geboten, Mittel und Wege zu finden, eine geordnete Insolvenz für Staaten in der Eurozone zu etablieren. Unvermeidlich ist, dass in erster Linie die Gläubiger die Lasten einer Umschuldung tragen. Wir dürfen uns hier nicht erpressen lassen.

Solange die Verlustmöglichkeiten für die Gläubiger künstlich reduziert sind, solange wird die Risikobereitschaft überhöht bleiben und solange werden Fehlallokationen der Kapitalströme nicht zu verhindern sein.

Natürlich muss die Politik verhindern, dass die Abschreibungen einzelne Institute so überfordern, dass das Bankensystem als Ganzes in Gefahr gerät. Dafür wurden aber bereits Sicherheitsnetze geschaffen. Mehr darf den Steuerzahlern nicht zugemutet werden.

Die Aufgabe der Sanierung und gegebenenfalls Umstrukturierung stellt sich jedem Land in anderer Weise. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss sie auch entsprechend dezentral angegangen und politisch verantwortet werden. Hilfe im Sinne einer Selbsthilfe unterstützen wir. Aber die Vergemeinschaftung von Schulden etwa durch Eurobonds lehnen wir ab.

Wenn jeder für jeden haftet und das Prinzip der Eigenverantwortung aufgegeben wird, führt das nicht zu vertiefter Integration. Es stärkt im Gegenteil die Zentrifugalkräfte Europas. Die Transferunion ist eine verführerisch einfache Lösung. Sie klingt nach edler Solidarität, legt aber den Keim für künftige Zerwürfnisse.

Ist Verantwortung nicht mehr zuordenbar, entsteht Moral Hazard: Die Versuchung wächst, zu Lasten der anderen eigenen harten Entscheidungen auszuweichen. Das vergiftet auf Dauer das Verhältnis zwischen Gebern und Nehmern. Die einen meinen, sie würden ausgeplündert, die anderen fühlen sich kolonisiert und kujoniert. In der Transferunion fände sich Deutschland in der Doppelrolle des Zahl- und Zuchtmeisters wieder. Das kann kein Weg zur friedlichen Fortentwicklung Europas sein!

Die Länder, die gegenwärtig den Stabilitätsanker der Union darstellen, dürfen im Übrigen keinesfalls überfordert werden. Wenn bislang mit bester Bonität ausgestattete Länder ebenfalls in einen Schuldenstrudel geraten, dann ist ganz Europa in Gefahr.

Die FDP hat beschlossen, die Kapazität des europäischen Rettungsmechanismus im Laufe der Zeit zurückzufahren. Um zu einem marktwirtschaftlichen Verfahren zurückzukehren, brauchen wir eine Prozedur, die eine allmähliche Schließung des Geldhahns sicherstellt.

Wer Europa und die Währungsunion in die Zukunft führen will, darf nicht den vermeintlich einfachen Weg der Haftungsunion gehen.